

Sozialatlas Darmstadt

Bildung eines Sozialindex

Beiträge zur Sozialberichterstattung 1/2002
Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt



Sozialatlas Darmstadt

Bildung eines Sozialindex

Impressum

Sozialatlas für die Wissenschaftsstadt Darmstadt

Herausgeber:

Wissenschaftsstadt Darmstadt
Der Oberbürgermeister
- AG Sozialplanung -

Verfasserin und Verfasser:

Mitglieder der AG Sozialplanung
Günther Bachmann, Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik
Arvyd von Kullwitz, Sozialverwaltung
Dr. Wilma Mohr, Sozialverwaltung
Michael Schäfer, Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

Layout und Grafik:

Annegret Schmidt, Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik

Inhaltsverzeichnis	Seite
Vorwort	3
1 Grundlagen.....	5
1.1 Einführung.....	5
1.2 Die Veränderung der Städte im Zeitalter der Globalisierung.....	5
1.3 Stadtentwicklung zu Beginn des 21. Jahrhunderts	7
2 Methodik der Sozialindexanalyse und Vorgehen	8
3 Faktoren zur Bildung des Sozialindex	10
3.1 Faktor Sozialhilfedichte.....	10
3.2 Faktor Wohngeld.....	10
3.3 Faktor Überschuldung	10
3.4 Faktor Arbeitslosenhilfe.....	10
3.5 Faktor Arbeitslosigkeit.....	11
3.5.1 Indikator Arbeitslosendichte.....	11
3.5.2 Indikator Langzeitarbeitslosigkeit	11
3.5.3 Indikator Jugendarbeitslosigkeit	11
4 Die räumliche Verteilung des Sozialindex.....	12
5 Strukturdaten der Statistischen Bezirke.....	16
6 Anhang.....	55
6.1 Statistische Grundlagen des Sozialindex.....	55
6.2 Maßnahmen zur Standortverbesserung.....	56
6.3 Strukturanalyse Sozialer Daten als Grundlage für Sozialberichterstattung und Sozialplanung	60
6.4 Tabellen und Grafiken	62
7 Literatur	72



Vorwort

Mit dem "Sozialatlas der Wissenschaftsstadt Darmstadt" wird eine Untersuchung vorgestellt, die zwei Ziele verfolgt. Zum einen werden - auf kleinräumiger Basis - relevante Sozialdaten zusammengestellt und mittels eines Index im innerstädtischen Vergleich bewertet. Sie können als wichtige Quelle von Planerinnen und Planern, von Wirtschaftsförderinnen und -förderern sowie Sozialexpertinnen und -experten genutzt werden. Dem Wunsch nach einer regionalisierten Aufbereitung markanter Sozialdaten wurde damit Rechnung getragen. Die Kurzbeschreibung der Stadtteile wird auch einem Ortsfremden erste, aber wichtige Eindrücke über unsere Stadt vermitteln.

Zum anderen erfüllt dieser Bericht meinen Wunsch nach einer zeitgemäßen Analyse über die sozialräumliche Struktur unserer Stadt. Nach den beiden großen Armutsberichten von 1995 und 1999 sowie weiteren Berichten zur sozialen Situation in Darmstadts Stadtteilen wird nun, mit der vorliegenden Publikation, ein qualitativer Sprung erzielt, der eine genauere Beschreibung der sozialen Situation der in unserer Stadt lebenden Menschen ermöglicht.

Dieser Bericht belegt die in der städtischen Verwaltung vorhandene Kompetenz und zeigt die Bereitschaft der politisch Verantwortlichen, ihr Handeln auf gesicherte Grundlagen zu stellen. Die Autoren des Berichtes sind ständige Mitglieder der von mir 1994 einberufenen dezernats- und ämterübergreifenden „AG Sozialplanung“ und stehen mit dieser Arbeit ganz in der Tradition der von dieser AG in der Vergangenheit geleisteten, wegweisenden Arbeiten.

Den Autoren sei gedankt, ebenso aber auch den beteiligten städtischen Ämtern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Amt für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik, dem Stadtplanungsamt und der Sozialverwaltung.

Ich wünsche mir, dass dieser Bericht dazu beiträgt, einen weiteren Schritt auf dem nicht einfachen Weg zu gehen, das Leben der Menschen und ihr soziales Miteinander in unserer Stadt zu verbessern und unsere Stadt attraktiv und lebenswert zu erhalten. Dafür setze ich mich ein.

Peter Benz

Oberbürgermeister

1 Grundlagen

1.1 Einführung

Der Sozialatlas erweitert die Analysen der Armutsberichterstattung, wie sie in den letzten Jahren unter maßgeblicher Beteiligung der „AG Sozialplanung“ für die Wissenschaftsstadt Darmstadt erstellt wurden. Er ist in Teilen eine aktualisierte Fortschreibung der beiden Armutsberichte von 1995 und 1999, insbesondere jedoch beinhaltet er methodisch einen weitergehenden Ansatz. Erstmals wird versucht, einen **Sozialindex** für alle städtischen Bezirke abzuleiten. Das entscheidend Neue in methodischer Hinsicht ist die Charakterisierung der Statistischen Bezirke mittels Faktoren und ihrer Bewertung mit Hilfe eines daraus abgeleiteten Sozialindex für jeden der 36 Bezirke (siehe Kapitel 4).

Die dahinter liegende Absicht ist es, einen tieferen Einblick in die Sozialstruktur der Wissenschaftsstadt Darmstadt zu gewinnen, um damit eine wertneutrale Planungsgrundlage zur Verfügung zu stellen, die von vielfältigen Akteuren aus dem Gesundheits- oder Sozialbereich, der Stadtplanung, anderen Fachverwaltungen und der Öffentlichkeit genutzt werden kann, wie dies detailliert in Kapitel 6.3 erläutert wird. Warum es wichtig ist, im Zeitalter der Globalisierung einen Einblick in die Sozialstruktur Darmstadts zu gewinnen, wird in den Kapiteln 1.2 und 1.3 dargestellt.

1.2 Die Veränderung der Städte im Zeitalter der Globalisierung

Durch die massenhafte Verbreitung des Autos und die Wirtschaftstätigkeit nach 1945, durch Wiederaufbau und Neubau von ganzen Stadtteilen (zum Beispiel in Darmstadt der Stadtteil Kranichstein) hat sich die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung in den Städten geändert.

Vermögende Haushalte ziehen aus den überfüllten und schlecht ausgestatteten innerstädtischen Altbauquartieren in die Eigenheimquartiere bzw. in neue Großsiedlungen am Stadtrand. In die frei werdenden innerstädtischen Quartiere ziehen seit Beginn der 60er Jahre vor allem die neuen Zuwanderer aus dem Ausland, die „Gastarbeiter“ und Migranten. Sozial ist eine Differenzierung zwischen Kernstadt und suburbanen Gebieten nach Einkommen, ethnischer Zugehörigkeit und Familienform typisch: In den Altbauquartieren bleiben im Zuge dieser Stadtflucht die Migranten, die ethnischen Minderheiten, die Alleinstehenden (z.B. Studenten und Rentner) und die sozial Schwachen und Unterprivilegierten zurück. Im Umland sammeln sich dagegen die beruflich erfolgreichen jungen Familien. Dieser gleichzeitig verlaufende Prozess der Expansion der Stadt und der Dekonzentration von Bevölkerung, Produktion, Verwaltung und Handel in der Stadt wird **Suburbanisierung**¹ genannt.

Die innerstädtischen Altbauquartiere in Deutschland sind in den 60er und 70er Jahren Gegenstand der Stadterneuerungspolitik, die zunächst ganze Altbauquartiere abgerissen und durch moderne Neubauten ersetzt hat. Unter dem Druck der Bewohner und unter dem Einfluss nachlassender öffentlicher Finanzmittel erfolgt ein Wandel zugunsten einer erhaltenden Stadtsanierung. In den 80er Jahren verändert sich die Problemlage insofern, als in den Städten eine neue kaufkräftige Nachfrage nach innerstädtischen Altbauwohnungen auftritt: mit der Ausweitung von Steuervorteilen bei der Eigentumsbildung (auch auf Investitionen in Altbauten), mit dem Eintritt geburtenstarker Jahrgänge ins Erwerbsleben und mit dem Wandel der Arbeitsplatzstruktur wird Wohnen in städtischen Quartieren mit Altbauwohnungen wieder attraktiv. Aus deren Erträgen wird eine Wiederbelebung der Innenstädte ohne staatliche Förderung finanzierbar. Die Stadterweiterungsgebiete aus der Gründerzeit am Rande der Innenstadt und die alten Arbeiterquartiere sind wegen ihres schlechten baulichen Zustands zunehmend zum Problem geworden.

¹ Siehe dazu z.B.: Friedrichs 1983, S. 168 ff.

Aufwendige Modernisierungen und die Umwandlung in Eigentumswohnungen führen dort zu einer schleichenden Verdrängung der bisherigen Bewohner (**Gentrifikation**).

In den meisten deutschen Städten nimmt die Nachfrage nach Wohnungen in attraktiven Altbaugebieten zu, weshalb dort die Mieten steigen. Die Wiederbelebung der Innenstädte bedeutet aber kein Ende der Abwanderung ins Umland, vielmehr setzt sich die Suburbanisierung von Wohnen und Gewerbe gleichzeitig fort. In manchen Städten nehmen die Einwohnerzahlen sogar weiterhin ab und die Zahl der Haushalte nimmt zu. Dies hat mit der anhaltenden Verkleinerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße zu tun: Es gibt in den Städten immer weniger Kinder und immer mehr Ein-Personen-Haushalte ("Singles"), deshalb wächst die Wohnfläche pro Einwohner.

Mit der Industrialisierung hatte die Zahl der Arbeitsplätze im produzierenden Bereich in den Städten stark zugenommen. Inzwischen sind aber nur noch etwa 20 Prozent aller Arbeitsplätze in den deutschen Städten solche, wo etwas produziert wird – die meisten Menschen sind mittlerweile im Dienstleistungsbereich beschäftigt² (z.B. Handel, Verwaltung, Banken, Rechtsberatung, Werbung, Medien und Kultur, Erziehung und Bildung, Gesundheitswesen, Software-Entwicklung und Dienstleistungen aller Art). Die damit einhergehende Verlagerung von Produktionsstätten ins Umland, in ländliche Regionen oder ins Ausland führt nicht nur zu einer Umstrukturierung der Beschäftigung, sondern auch zu mehr Arbeitslosigkeit vor Ort. Denn in manchen Städten kann das Wachstum der Dienstleistungen den Verlust bei den verloren gegangenen Fertigungstätigkeiten nicht kompensieren, und der Strukturwandel führt dann zu einer Deindustrialisierung mit teilweise hoher Arbeitslosigkeit. Beispiele finden sich vor allem in den vormaligen Industriestädten im Ruhrgebiet und in den neuen Bundesländern.

Der ökonomische Strukturwandel der Städte führt zu einem Umbau der Beschäftigungsstruktur. In den Städten, in denen der Abbau der Arbeitsplätze im industriellen Bereich rascher voranschreitet als die Expansion von Dienstleistungen, nimmt die Arbeitslosigkeit zu³. Auch haben die neuen Dienstleistungsarbeitsplätze eine andere Struktur als die traditionelle Industrie: Arbeiter oder Angestellte mit einem festen Arbeitsplatz und einem durchschnittlichen Einkommen gibt es zunehmend weniger. Die Zahl der sehr gut verdienenden Beschäftigten bei Banken, Versicherungen, Unternehmensleitungen usw. nimmt zu – gleichzeitig aber auch die Zahl derjenigen, die nur noch zeitweilige Beschäftigung, Teilzeitarbeitsplätze oder sehr schlecht bezahlte Tätigkeiten in der Gastronomie, bei Putz- und Wachdiensten usw. haben.

In der postindustriellen Stadt nehmen die Einkommensunterschiede zu, die Sozialstruktur polarisiert sich – und langfristig führt dies zu einer stärkeren räumlichen **Segregation**: Wenn räumliche Isolation zur sozialen und ökonomischen Marginalisierung hinzukommt, verstärken sich bestimmte Faktoren sozialer Ungleichheit gegenseitig so, dass von sozialer Ausgrenzung gesprochen werden muss (Segregation). Dieser Prozess ist seit den achtziger Jahren auch in der Bundesrepublik zu beobachten.

Städteforscher betonen den Prozesscharakter der Ausgrenzung, der unter bestimmten Bedingungen auch zu einer räumlichen Konzentration von marginalisierter Bevölkerung führen kann. Danach führt die kumulative Überlagerung von Benachteiligungen in verschiedenen Bereichen (Arbeitsmarkt, Bildungssystem, kulturelle bzw. ethnische Stigmatisierung, Wohnungsversorgung) zu einer gesellschaftlichen Marginalisierung, die durch die räumliche Nähe von Personen oder Haushalten mit ähnlichen Problemen verstärkt und dauerhaft wird. Neben der Verarmung als Folge von Arbeitsplatzverlust ist die räumliche Mobilität der Bevölkerung eine wesentliche Ursache für die Herausbildung von

² Daten für Darmstadt finden sich in: Statistische Berichte Heft 1/2000, Sonderbeitrag: Arbeitsmarkt in Darmstadt

³ Siehe dazu ausführlicher: Statistische Berichte Heft 1/2000, Sonderbeitrag: Arbeitsmarkt in Darmstadt, S. 5 ff.

Problem-Quartieren, denn ökonomisch und sozial integrierte Haushalte fürchten beim Anwachsen von sozialen Problemen in ihrer Nachbarschaft um ihren Sozialstatus und um die Zukunft ihrer Kinder und verlassen solche Quartiere. Dadurch nimmt die soziale Entmischung zu, und die verbleibenden Nachbarschaften sind immer weniger in der Lage, aus eigener Kraft notwendige soziale Integrationsleistungen (etwa gegenüber Zuwanderern) zu erbringen.

1.3 Stadtentwicklung zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Die Folgen der Globalisierung für Städte und Regionen sind tiefgreifend. Deindustrialisierung, steigende Arbeitslosigkeit, kommunale Finanznöte und der Zwang zur Privatisierung sind seit den achtziger Jahren die neuen Problemlagen. Die Privatisierung der Wohnungsversorgung, die abnehmende Bedeutung staatlicher Eingriffe und Investitionen für die sozialräumliche Struktur und die wachsenden sozialen Probleme in den großen Städten führen zu der Frage, wie die kulturelle und soziale Integration in der Zukunft noch gelingen kann⁴. Fragen der sozialen Integration sind voraussichtlich ein wichtiges Thema der Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert.

Besonderes Interesse ist dem Wandel von städtischen Quartieren entgegenzubringen, denn dort zeigt sich die Destabilisierung von lokalen Sozialsystemen zuerst. Dieser Wandel ist häufig durch Auseinandersetzungen zwischen Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen Machtpotentialen geprägt: Haushalte mit höheren Einkommen können sich in einer Marktwirtschaft ihre Wohnstandorte aussuchen und die angestammten Bewohner z.B. aus attraktiven Altbaugebieten verdrängen. Andererseits gibt es eine Diskriminierung von z.B. ethnischen Minderheiten, denen der Zugang zu bestimmten Quartieren aus ökonomischen Gründen verwehrt ist und die sich deshalb häufig in ihnen zugängliche Quartiere zurückziehen. Die Konzentration von Minderheiten in bestimmten Quartieren (Segregation⁵) hat positive und negative Effekte für die soziale Lage und die soziale Mobilität der Bewohner.

Dieser Strukturwandel der Städte steht im Zusammenhang mit den neuen Kommunikations- und Interaktionsbeziehungen, die unter dem Stichwort Globalisierung zusammengefasst werden. Im Zuge der Globalisierung verändert sich auch das internationale Städtesystem neu, in dem sich eine Gruppe von „Global Cities“ herausbildet⁶, in denen sich die wichtigen Leitungs- und Entscheidungsfunktionen für die globalisierte Ökonomie konzentrieren. Dies gilt im wesentlichen auch für andere Großstädte, die ebenfalls den neuen ökonomischen und sozialen Entwicklungen unterworfen sind. Im Zuge des Stadtumbaus im Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, der begleitet ist von einem Rückzug des Staates aus der Wohnungsversorgung, ergibt sich eine schärfere soziale Segregation auch in deutschen Städten, wie sie bisher nur aus amerikanischen Städten bekannt war. Es besteht die Gefahr, dass sich in den Städten aufgrund von materieller und sozialer Unterprivilegierung eine räumliche Konzentration von Bevölkerungsgruppen mit großen sozialen Problemen herausbildet, die dann selber weiter benachteiligend wirkt. Auf diese Weise können Orte der Ausgrenzung in der Stadt entstehen. Die Analyse der Sozialstruktur Darmstadts mittels eines Sozialindex ist zwar nur ein erster, dafür aber ein grundlegender Schritt, um genau diese Orte zu identifizieren.

⁴ Jens S. Dangschat, *Modernisierte Stadt - gesplante Gesellschaft* 1999

⁵ siehe ausführlich: Jörg Blasius, *Indizes der Segregation*, in: Friedrichs (Hrg.) 1988, S. 410-431

⁶ Saskia Sassen, *Metropolen des Weltmarkts. Die neue Rolle der Global Cities* 1996. Siehe auch den Beitrag von Frau Prof. Dr. Sassen anlässlich der "Darmstädter Gespräche" im Frühjahr 2001.

2 Methodik der Sozialindexanalyse und Vorgehen

Auch die Bevölkerungsstruktur der Wissenschaftsstadt Darmstadt ist von den neuen Trends der Globalisierung stark beeinflusst. Von daher ist die Fragestellung naheliegend, ob sich auch in Darmstadt die im vorherigen Kapitel dargestellten Zusammenhänge der Veränderung der globalisierten Wirtschaft mit den bekannten sozialen Auswirkungen aufzeigen lassen. Mit der vorliegenden Studie wird das Stadtgebiet auf der Grundlage der statistischen Bezirke mittels definierter sozialer Merkmale einer Bewertung unterzogen. Dadurch können sowohl Stadtteile bzw. -viertel mit besonderem Handlungsbedarf (Häufung sozialer Problemlagen) identifiziert werden, als auch Stadtteile, die "intakt" sind, d.h. eine geringe Ausprägung des nachfolgend beschriebenen Sozialindex aufweisen.

Bei den hier vorliegenden Fragestellungen wird eine Vielzahl von Faktoren und Indikatoren (siehe Kapitel 3 und 4 sowie 6.1) der statistischen Bezirke Darmstadts verwendet und auf deren innere Zusammenhänge hin untersucht. Die Indikatoren werden über die Teilgebiete der Stadt – die statistischen Bezirke – korreliert und die resultierende Matrix einer Sozialindexanalyse unterzogen⁷.

Da sich die städtischen Teilgebiete durch eine sehr große Zahl von Merkmalen (Indikatoren) kennzeichnen lassen, werden davon die für bedeutsam erachteten und erhebaren ausgewählt. Das Analysemodell beruht darauf, hoch korrelierende Indikatoren durch diesen Indikatoren gemeinsame Dimensionen, die Faktoren, zu beschreiben (siehe Kapitel 3 sowie 6.1). Dies bedeutet, dass enge Zusammenhänge zwischen der ungleichen Verteilung der Bevölkerungsgruppen und z.B. Merkmalen wie Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit etc. bestehen und diese mittels der Faktoren analysiert werden können.

Um die soziale Lage der Bewohnerinnen und Bewohner eines Stadtteiles/ Stadtviertels statistisch erfassen zu können, müssen Einflüsse, die sie bestimmen, in berechenbare Größen transformiert werden. Grundsätzlich ist eine Vielzahl unterschiedlicher sozialer Daten denkbar, die unmittelbar oder mittelbar auf die soziale Lage Einfluss nehmen. Die Bandbreite reicht von individuellen Merkmalen wie Bildung, über demografische Daten, wie z.B. die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung im Quartier, bis hin zu materiellen Aspekten wie Arbeit und Einkommen.

Die theoretische Vielfalt der Daten erfährt jedoch umgehend eine drastische Eingrenzung, wenn man die Anforderungen berücksichtigt, die an die Daten zu stellen sind:

- sie müssen regionalisierbar, d.h. auf der Ebene der statistischen Bezirke vorliegen,
- sie sollen eine möglichst hohe Korrelation untereinander aufweisen (Nachweis des Zusammenhangs),
- sie müssen fortgeschrieben werden können, um Entwicklungen aufzuzeigen, und
- sie müssen aktuell sein.

Nicht alle der verfügbaren kleinräumigen Daten erfüllen diese Anforderungen. Andere Daten wiederum waren in ihrer Gesamtzahl zu gering, um - statistisch vertretbar - die Bildung von Verhältniszahlen im gesamtstädtischen Vergleich zuzulassen.

Aus den Daten, die die genannten Anforderungen erfüllen, wurden insgesamt fünf **Faktoren** gebildet. Den Faktoren ist gemeinsam, dass sie entweder die Verteilung von geringem verfügbaren Einkommen abbilden und dass die ihnen zugrunde liegenden Sachverhalte staatliche oder kommunale Transferleistungen auslösen, ohne die die Betroffenen außerstande wären, ihr Existenzminimum zu sichern oder Lebensbezüge

⁷ so z.B. Friedrichs, 1980, S. 184.

wiedergeben, die die Betroffenen von der sozialen Teilhabe ausgrenzen bzw. perspektivisch staatliche Transferleistungen auslösen können (wie z.B. Überschuldung).

Die Auswahl der in Kapitel 3 aufgeführten Faktoren wurde von der Überlegung geleitet, dass sie am objektivsten, weil quantifizierbar, benachteiligte aber auch intakte Wohngebiete identifizieren helfen und darüber hinaus, weil administratives Handeln auslösend, für Verwaltung und Kommunalpolitik von Bedeutung sind.

Die Faktoren drücken jeweils das Verhältnis des bestimmten sozialen Merkmals für den statistischen Bezirk zur Bezugsgröße aus. Die so ermittelten Werte wurden auf einer Skala von 0 bis 100 normiert, in dem der geringste Wert mit 0, der höchste Wert für einen statistischen Bezirk entsprechend mit 100 normiert wurde. Dadurch ließen sich alle fünf Faktoren auf der Wertskala von 0 bis 100 einordnen bzw. standardisieren. Aus den standardisierten Faktoren wurde schließlich ein einzelner Index (**Sozialindex**) gebildet, da alle Faktoren gleich gewichtet sind, ging jeder Faktor zu einem Fünftel in den Sozialindex ein.

Für den Sozialindex gilt grundsätzlich: Je höher der Sozialindex, desto ausgeprägter die sozialen Probleme und, um so dringlicher der besondere Entwicklungsbedarf in dem betroffenen Stadtteil/ Stadtviertel. Die „Wertung“ der Stadtteile mittels eines Sozialindex (Kapitel 4) beruht auf der sogenannten Faktorenanalyse. Das Modell der Faktorenanalyse beschreibt hoch korrelierende Einzelmerkmale durch eine ihnen gemeinsame Dimension. Bei der hier vorliegenden Analyse wurden – mathematisch-statistisch gesehen – ungewichtete additive Indizes verwendet.

Kapitel 4 beinhaltet darüber hinaus einen Abgleich der Daten und Merkmale aus der Beschreibung der statistischen Bezirke, wie sie in Kapitel 5 vorgenommen wird, mit dem Sozialindex, um etwaige Zusammenhänge zu überprüfen. Der Focus wurde dabei auf die Statistischen Bezirke gelegt, die einen besonders hohen oder besonders geringen Sozialindex aufwiesen.

Kapitel 5 beschreibt in standardisierter Form die einzelnen Statistischen Bezirke. Bestandteil der Beschreibung ist auch die Zusammensetzung der Bevölkerung. Anders als bei der Berechnung des Sozialindex konnte für die jeweilige Bevölkerungsstruktur kein Index gebildet werden. Der Grund hierfür lag in dem Umstand, dass zwischen den einzelnen, für die Bevölkerungsanalyse verwandten Merkmalen keine so starke Korrelation bestand, die eine Indexbildung zugelassen hätte. Die Analyse wurde daher nach Einzelmerkmalen, wie z.B. Ausländeranteil, oder Anteil der 65jährigen und älter, usw. vorgenommen, und die Ausprägung der Einzelmerkmale am städtischen Mittelwert gemessen.

Zwischen der so ermittelten Bevölkerungsstruktur und dem Sozialindex erfolgte dann ebenfalls ein Abgleich, um etwaige Zusammenhänge zwischen Ausprägung des Sozialindex und Ausprägung der Einzelmerkmale Bevölkerungsstruktur zu überprüfen.

In der Anlage (Kapitel 6.1) werden die wesentlichen statistischen Zusammenhänge (Korrelationsanalyse) kurz dargestellt und im Tabellenteil (Kapitel 6.4) schließlich sind alle relevanten Daten aufgeführt. Sie sollen speziell den Fachleuten zur weitergehenden Verwendung dienen. Die für die einzelnen Faktoren errechneten Werte sind tabellarisch und ihre räumliche Verteilung über das Stadtgebiet graphisch dargestellt.

3 Faktoren zur Bildung des Sozialindex

3.1 Faktor Sozialhilfedichte

Die Sozialhilfe ist die „ultima ratio“ im Netzwerk sozialer Sicherungssysteme. Ihre Gewährung ist, anders als beispielsweise bei Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosengeld, nicht an Vorleistungen der Anspruchsberechtigten gebunden. Ziel der Sozialhilfe ist es, „die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht.“ (§ 1 Abs. 2 Bundessozialhilfegesetz).

Im Umkehrschluss bedeutet somit die von der Sozialadministration im Einzelfall festzustellende Bedürftigkeit den gesetzlich definierten und administrativ anerkannten Mangel der Einzelnen an ökonomischen und soziokulturellen Ressourcen.

Der Faktor Sozialhilfedichte drückt das Verhältnis aus von Bezieherinnen und Beziehern von Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU), außerhalb von Einrichtungen, zu 100 Einwohnerinnen und Einwohnern. Beide Größen beziehen sich auf den statistischen Bezirk.

Zur Zielgruppe zählen auch Personen, die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten.

3.2 Faktor Wohngeld

Wohngeld ist ein von Bund und Ländern getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Zweck des Wohngeldes ist, Haushalten mit niedrigem Einkommen ein angemessenes und familiengerechtes Wohnen zu ermöglichen. Es wird Mietern und Eigentümern gezahlt, wenn die Höhe ihrer Miete oder Belastung die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihrer Haushalte überfordert.

Der Faktor Wohngeld errechnet sich aus dem Verhältnis der Personen, die Wohngeld (pauschaliertes und Tabellenwohngeld) erhalten, zu den Einwohnerinnen und Einwohnern. Beide Größen beziehen sich auf den statistischen Bezirk.

3.3 Faktor Überschuldung

Das Eingehen von Zahlungsverpflichtungen gehört mittlerweile zu „normalen“ Vorgängen in privaten Haushalten und kann nicht als Hinweis auf materielle Defizite herangezogen werden. Zahlungsverpflichtungen werden dann zum Problem, wenn die Betroffenen nicht mehr in der Lage sind, ihnen in einer von den Gläubigern akzeptablen Weise nachzukommen, das verfügbare Einkommen also nicht ausreicht, um die Verpflichtungen abzudecken.

Der Faktor drückt das Verhältnis der überschuldeten Personen zu den Einwohnerinnen und Einwohnern im statistischen Bezirk aus.

Bei der Berechnung des Indikators Überschuldung werden nur die Personen herangezogen, die bei der Schuldnerberatung vorstellig geworden sind. Die Höhe der Überschuldung ist dabei irrelevant, Selbständige bleiben unberücksichtigt.

3.4 Faktor Arbeitslosenhilfe

Nach der im Jahre 2000 erfolgten Streichung der originären Arbeitslosenhilfe (Alhi) wird nunmehr Alhi nur noch im Anschluss an Arbeitslosengeld bei Bedürftigkeit gewährt. Inwieweit Bedürftigkeit vorliegt, hängt vom Einkommen, etwaigen Unterhaltsansprüchen, Vermögen und von Einkommen und Vermögen des Ehepartners/der Ehepartnerin ab. Im Gegensatz zum Faktor Arbeitslosigkeit (siehe Kapitel 3.5) ist Alhi daher einkommens- und vermögensabhängig. Aus diesem Grund wurde neben dem Faktor Arbeitslosigkeit noch der eigenständige Faktor Arbeitslosenhilfe gebildet.

Den Bezieherinnen und Beziehern von Arbeitslosenhilfe wird attestiert, dass ihre aktuelle finanzielle Situation ohne diese spezifische Transferleistung nicht ausreicht, den Lebensunterhalt zu sichern.

Der Faktor Arbeitslosenhilfe errechnet sich aus dem Verhältnis der Bezieherinnen und Bezieher von ALHI zu der Bevölkerung im sog. Erwerbsalter (15 bis unter 65). Beide Größen beziehen sich auf den statistischen Bezirk.

3.5 Faktor Arbeitslosigkeit

Die Teilhabe an der Erwerbsarbeitsgesellschaft, bzw. Nichtteilhabe infolge von Arbeitslosigkeit, insbesondere wenn die Arbeitslosigkeit sich über einen längeren Zeitraum erstreckt, bestimmt die Lebenssituation der Betroffenen wesentlich. In materieller Hinsicht ist vor allem die Langzeitarbeitslosigkeit mit einer Absenkung des Wohlstandsniveaus verbunden. Gleichzeitig können auch der soziale Status, der sich durch die berufliche Position u.a. definiert, und die durch das Berufsleben geprägten sozialen Beziehungen in Frage gestellt werden. Die Autoren waren jedoch der Auffassung, dass sich Arbeitslosigkeit nicht durch einen einzelnen Indikator abbilden lässt (z.B. Arbeitslosenquote), sondern erst die nachfolgend aufgeführten Indikatoren in ihrer Summe den Faktor Arbeitslosigkeit ausmachen.

3.5.1 Indikator Arbeitslosendichte

Der Indikator Arbeitslosendichte drückt das Verhältnis zwischen den Einwohnerinnen und Einwohnern im sogenannten erwerbsfähigen Alter und den registrierten Arbeitslosen aus. Beide Größen beziehen sich auf den statistischen Bezirk. Die Arbeitslosendichte ist nicht identisch mit der Arbeitslosenquote.

Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter sind Personen der Altersklasse 15 bis unter 65 Jahre, registrierte Arbeitslose sind alle beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldete Personen, unabhängig davon, ob ein Leistungsanspruch besteht.

3.5.2 Indikator Langzeitarbeitslosigkeit

Untersuchungen über die Dauer von Arbeitslosigkeit belegen, dass der überwiegende Teil die Arbeitslosigkeit nach weniger als einem Jahr endet. Mit zunehmender Dauer spitzt sich die wirtschaftliche und soziale Lage zu. Diesem Umstand soll der Indikator Rechnung tragen.

Der Indikator Langzeitarbeitslosigkeit errechnet sich aus dem Verhältnis der Personen, die seit einem Jahr und länger arbeitslos sind, zu den Einwohnerinnen und Einwohnern im erwerbsfähigen Alter. Beides bezieht sich auf den statistischen Bezirk.

3.5.3 Indikator Jugendarbeitslosigkeit

Ein ganzes Ursachenbündel ist verantwortlich für die Entstehung von Jugendarbeitslosigkeit. Fehlende schulische und berufliche Qualifikationen tragen ebenso dazu bei wie ungünstige Lebens- und Entwicklungschancen infolge des sozialen Milieus.

Die „Karrieren“ von Jugendarbeitslosigkeit legen den Schluss nahe, dass der Start in das Erwerbsleben den weiteren Erwerbsweg prägt. Hierin liegt die Bedeutung der Jugendarbeitslosigkeit bei der Bildung eines Faktors Arbeitslosigkeit.

Der Indikator Jugendarbeitslosigkeit drückt das Verhältnis von Arbeitslosen im Alter von 15 bis unter 25 Jahre zu den Einwohnerinnen und Einwohnern der gleichen Altersklasse aus. Der ermittelte Wert bezieht sich auf den statistischen Bezirk.

4 Die räumliche Verteilung des Sozialindex

Die Ergebnisse der Berechnung des Sozialindex für die Wissenschaftsstadt Darmstadt werden in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Zum besseren Verständnis wurden die Ergebnisse des Sozialindex für den jeweiligen Statistischen Bezirk mit einer Farbe unterlegt. Dabei werden die Farben von

- dunkelgrün (mit mehr als 75 % unter dem städtischen Durchschnittswert) über
- hellgrün (Bandbreite von 25 – 75 % unter dem Durchschnittswert) und
- weiß (Bandbreite von 25 % über oder unter dem Durchschnittswert) bis zu
- hellrot (25 – 75 % über dem Mittelwert) und
- dunkelrot (75 % und mehr über dem Durchschnitt)

mit den jeweiligen Sozialindex-Werten verbunden.

Das Stadtgebiet lässt sich nach dieser Gliederung in fünf Kategorien einteilen:

Elf statistische Bezirke (weiß) verkörpern den städtischen Durchschnitt des Sozialindex, sie bewegen sich in einer Bandbreite von 25 % über oder unter dem städtischen Durchschnittswert des Index.

Elf statistische Bezirke (hellgrün) liegen in einer Bandbreite von 25 – 75 % unter dem städtischen Durchschnittswert, vier Bezirke (dunkelgrün) liegen deutlich (mit mehr als 75 %) unter dem Durchschnittswert. Die grün gekennzeichneten Bezirke geben somit die Quartiere wieder, die positiv vom Mittelwert abweichen, d.h. im Sinne der eingangs getroffenen Definition, intakt sind.

Sieben statistische Bezirke (hellrot) liegen 25 – 75 % über dem Mittelwert.

Drei statistische Bezirke (dunkelrot) weichen deutlich negativ vom städtischen Durchschnitt ab (75 % und mehr) und stellen gleichsam die Quartiere mit besonderem Handlungsbedarf dar. Die hellroten Bezirke sollten jedoch ebenfalls einer genaueren Beobachtung unterzogen werden.

Bei den statistischen Bezirken, die 75 % und mehr über dem städtischen Mittelwert des Sozialindex liegen, handelt es sich um die Kirchtannensiedlung (Statistischer Bezirk 750) in Darmstadt-Eberstadt, um Kranichstein-Süd (Statistischer Bezirk 910) und um das Industrieviertel (Statistischer Bezirk 260).

Diese Bezirke weisen auch signifikante, von der Gesamtstadt abweichende Merkmale bei der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung auf:

In allen drei Bezirken sind die Ausländeranteile höher als im städtischen Durchschnitt. Dabei ist darüber hinaus zu berücksichtigen, dass bei der deutschen Bevölkerung die sog. Spätaussiedler aus den ehemaligen Sowjetrepubliken enthalten sind, da sie rechtlich als Deutsche gelten und daher ihre Anteile nicht quantifizierbar sind.

Gleichfalls ist den drei Stadtvierteln ein geringer Anteil an Seniorinnen und Senioren gemeinsam.

Für Kranichstein-Süd und Eberstadt-Süd gilt darüber hinaus, dass in diesen Bezirken – im Vergleich zum städtischen Durchschnitt – ein deutlich höherer Anteil an Minderjährigen wohnt.

Baulich handelt es sich bei den letztgenannten Bezirken überwiegend um klassische Trabantenstädte, entstanden in den 70er Jahren, mit dominierender Hochhausbebauung.

Das Industrieviertel verfügt im Hinblick auf Wohnbebauung lediglich über Einsprengsel inmitten von Gewerbe- und Industrieansiedlungen und unterscheidet sich dadurch von der überwiegenden Siedlungsstruktur der Gesamtstadt.

Auch die farblich „hellrot“ gekennzeichneten Bezirke bedürfen einer erhöhten Aufmerksamkeit. Der für sie jeweils ermittelte Sozialindex deutet darauf hin, dass hier im präventiven Sinne Handlungsbedarf besteht. Dies gilt besonders für die im Westen gelegenen Bezirke Bahnhofsviertel (Statistischer Bezirk 250), Verlegerviertel (530) und Waldkolonie (240). Diese Quartiere ähneln in ihrer Struktur dem Industrieviertel.

Die vier Bezirke, die 75 % und mehr unterhalb dem städtischen Mittelwert für den Sozialindex liegen, sind Am Oberfeld (Statistischer Bezirk 310), An den Lichtwiesen (Statistischer Bezirk 340), Paulusviertel (Statistischer Bezirk 410) und Villenkolonie (Statistischer Bezirk 730). Ihre Bevölkerungsstruktur ist gekennzeichnet durch einen deutlich geringeren Ausländeranteil, höhere Anteile an Seniorinnen und Senioren, einen höheren Frauenanteil und geringe Anteile an Minderjährigen.

Die Baustruktur wird überwiegend von Villen und Einfamilienhäusern geprägt. Auffallend bei allen vier Bezirken ist eine Unterversorgung mit Ladengeschäften für den täglichen Bedarf. Weitergehende Informationen zu den statistischen Bezirken enthält Kapitel 5 (Strukturdaten).

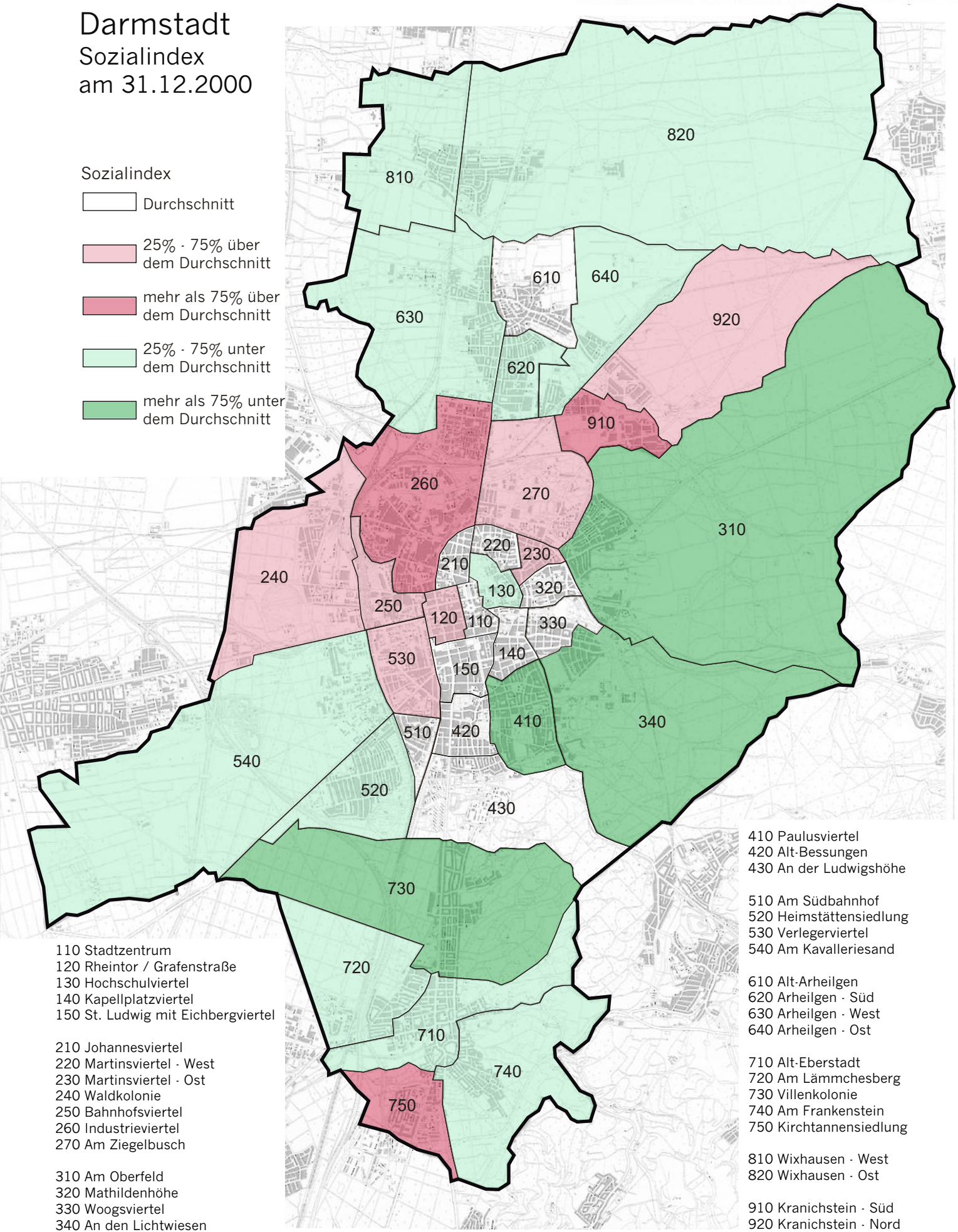
Bei zwei der drei statistische Bezirke, die deutlich negativ vom städtischen Durchschnitt abweichen, wurden bereits umfassende Maßnahmen zur Standortverbesserung eingeleitet. Diese bereits ergriffenen Maßnahmen für die Stadtteile Kranichstein-Süd und Eberstadt-Süd werden in der Anlage in Kapitel 6.2 dargestellt.

Berechnung des Sozialindex in den statistischen Bezirken						
Statistische Bezirke/ Stadtteile	Normierter Faktor					Sozialindex Durchschnitt der Spalten 2 - 6
	Arbeits- losigkeit	Sozial- hilfedichte	Arbeits- losenhilfe- dichte	Wohngeld- dichte	Schuldner- dichte	
1	2	3	4	5	6	7
110 Stadtzentrum	39,3	30,4	66,6	36,9	27,5	40,1
120 Rheintor/Grafenstraße	62,7	30,7	71,0	38,3	28,2	46,2
130 Hochschulviertel	28,9	18,6	23,4	8,9	4,5	16,9
140 Kapellplatzviertel	43,4	13,8	37,8	26,5	10,6	26,4
150 St. Ludwig mit Eichbergviertel	41,8	18,7	36,4	27,5	29,5	30,8
100 DA-MITTE	46,3	20,5	46,6	29,4	22,2	33,0
210 Johannesviertel	50,1	19,0	39,1	25,9	49,7	36,8
220 Martinsviertel-West	47,9	28,4	54,8	34,1	27,7	38,6
230 Martinsviertel-Ost	56,8	29,4	53,1	48,3	22,5	42,0
240 Waldkolonie	71,9	33,5	54,5	33,4	25,2	43,7
250 Bahnhofsviertel	39,8	41,6	24,3	45,1	100,0	50,2
260 Industrieviertel	65,1	54,8	75,7	51,2	76,6	64,7
270 Am Ziegelbusch	33,6	32,6	41,8	54,2	63,5	45,1
200 DA-NORD	52,1	31,4	51,1	40,8	42,9	43,7
310 Am Oberfeld	9,7	0,0	3,6	0,3	11,3	5,0
320 Mathildenhöhe	46,4	17,7	44,2	16,1	12,5	27,4
330 Woogsviertel	44,8	27,3	35,7	30,1	36,0	34,8
340 An den Lichtwiesen	25,2	2,3	4,5	2,1	4,0	7,6
300 DA-OST	33,5	14,3	24,8	15,0	19,7	21,5
410 Paulusviertel	5,8	3,5	1,8	7,5	9,9	5,7
420 Alt-Bessungen	32,5	20,5	27,0	23,6	21,6	25,0
430 An der Ludwigshöhe	50,5	25,5	31,0	3,4	57,6	33,6
400 DA-BESSUNGEN	24,5	14,4	17,6	14,6	21,6	18,5
510 Am Südbahnhof	51,1	27,8	35,3	31,3	15,2	32,2
520 Heimstättensiedlung	27,3	4,5	9,9	5,3	12,0	11,8
530 Verlegerviiertel	56,2	40,4	59,2	40,4	40,6	47,4
540 Am Kavalleriesand	0,0	6,4	6,7	0,0	42,9	11,2
500 DA-WEST	40,3	20,5	30,7	21,2	23,0	27,1
Darmstadt-Innenstadt	42,4	22,2	38,1	27,4	28,7	31,8
610 Alt-Arheilgen	45,6	22,1	37,0	21,1	54,7	36,1
620 Arheilgen-Süd	22,1	12,1	7,9	16,1	9,2	13,5
630 Arheilgen-West	27,7	15,0	17,7	16,9	18,7	19,2
640 Arheilgen-Ost	22,8	7,3	14,8	9,0	46,2	20,0
600 DA-ARHEILGEN	30,9	15,3	20,4	17,0	28,9	22,5
710 Alt-Eberstadt	37,3	11,6	21,5	4,7	31,2	21,3
720 Am Lämmchesberg	34,8	16,7	18,5	8,0	30,3	21,7
730 Villenkolonie	9,5	2,6	0,0	1,7	17,1	6,2
740 Am Frankenstein	37,5	1,0	5,3	0,9	0,4	9,0
750 Kirchtannensiedlung	100,0	100,0	100,0	68,8	69,9	87,7
700 DA-EBERSTADT	49,8	34,3	36,4	22,3	34,9	35,6
810 Wixhausen-West	28,9	9,9	13,1	4,3	0,0	11,2
820 Wixhausen-Ost	25,1	13,4	10,3	19,7	13,3	16,4
800 DA-WIXHAUSEN	26,5	12,1	11,3	13,8	8,3	14,4
910 Kranichstein-Süd	58,4	99,1	62,8	100,0	52,2	74,5
920 Kranichstein-Nord	47,3	52,4	32,6	59,3	54,0	49,1
900 DA-KRANICHSTEIN	54,6	83,8	52,5	86,7	52,8	66,1
Darmstadt-Außenbezirke	42,7	36,0	32,0	32,3	33,8	35,3
Stadtgebiet insgesamt	42,7	27,6	36,3	29,3	30,7	33,3

Darmstadt Sozialindex am 31.12.2000

Sozialindex

- Durchschnitt
- 25% - 75% über dem Durchschnitt
- mehr als 75% über dem Durchschnitt
- 25% - 75% unter dem Durchschnitt
- mehr als 75% unter dem Durchschnitt



- 110 Stadtzentrum
- 120 Rheintor / Grafenstraße
- 130 Hochschulviertel
- 140 Kapellplatzviertel
- 150 St. Ludwig mit Eichbergviertel

- 210 Johannesviertel
- 220 Martinsviertel - West
- 230 Martinsviertel - Ost
- 240 Waldkolonie
- 250 Bahnhofsviertel
- 260 Industrieviertel
- 270 Am Ziegelbusch

- 310 Am Oberfeld
- 320 Mathildenhöhe
- 330 Woogsviertel
- 340 An den Lichtwiesen

- 410 Paulusviertel
- 420 Alt-Bessungen
- 430 An der Ludwigshöhe

- 510 Am Südbahnhof
- 520 Heimstättensiedlung
- 530 Verlegerviertel
- 540 Am Kavalleriesand

- 610 Alt-Arheilgen
- 620 Arheilgen - Süd
- 630 Arheilgen - West
- 640 Arheilgen - Ost

- 710 Alt-Eberstadt
- 720 Am Lämmchesberg
- 730 Villenkolonie
- 740 Am Frankenstein
- 750 Kirchtannensiedlung

- 810 Wixhausen - West
- 820 Wixhausen - Ost

- 910 Kranichstein - Süd
- 920 Kranichstein - Nord

5 Strukturdaten der statistischen Bezirke

Mittels eines standardisierten Formblattes werden nachfolgend die statistischen Bezirke in Kurzform beschrieben. Dabei ist ihre Entstehungsgeschichte ebenso berücksichtigt wie die Baustruktur, Einrichtungen von gesamtstädtischer Bedeutung, Verkehrsanbindungen und Einkaufsmöglichkeiten etc. Die Zusammensetzung der im jeweiligen Statistischen Bezirk wohnenden Bevölkerung wird nach den Merkmalen

- Anteil der Frauen,
- Anteil der 65-jährigen und Älteren,
- Anteil der Minderjährigen und
- Anteil der Ausländerinnen und Ausländer

analysiert und den jeweiligen Werten der Gesamtstadt gegenübergestellt.

Darüberhinaus sind für jeden Statistischen Bezirk die Ergebnisse der Faktoren, die zur Bildung des Sozialindex herangezogen wurden, ausgewiesen. Auch sie sind den jeweiligen Durchschnittswerten für die Gesamtstadt gegenübergestellt.

Anhand ausgesuchter sozialer Faktoren – Sozialhilfedichte, Wohngeldempfängerinnen und -empfänger, sowie Arbeitslosendichte – wird ein Überblick über Umfang und Ausmaß etwaiger sozialer Problemkonstellationen gegeben. Die Arbeitslosendichte ist, wegen ihrer weitreichenden Bedeutung, noch nach Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit differenziert.

Im Zusammenhang mit der Darstellung der sozialen Einrichtungen im Statistischen Bezirk wurde bewusst auf die Nennung der dort angesiedelten Schulen und Kindertagesstätten verzichtet. Der Grund liegt darin, dass diese Einrichtungen flächendeckend über die Gesamtstadt verteilt und damit kein Spezifikum der Statistischen Bezirke darstellen. Ähnlich wurde mit kirchlichen Einrichtungen verfahren, benannt sind nur die stadtprägenden Kirchen (z.B. St. Ludwig).

Der Abgleich der verfügbaren städtischen Datenbestände erfolgt in der Regel auf der Grundlage der Statistischen Bezirke, hierin liegt ihre primäre Bedeutung. Selbstverständlich erhebt der folgende Strukturdatenatlas keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Zusätzlich zu den Daten über Bevölkerung und Soziales wurden in Absprache mit dem Stadtplanungsamt verschiedenste Daten, die für eine Beschreibung des Statistischen Bezirks aus Sicht der Autoren wichtig waren, aufgenommen.

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt ist in 36 Statistische Bezirke eingeteilt, die wiederum zu 9 übergeordneten Einheiten zusammengesetzt sind. Jede dieser Einheiten entspricht einem Stadtteil. Die Statistischen Bezirke verfügen über eine dreistellige Kennzahl, wobei die erste Stelle (Hunderter) den Stadtteil identifiziert: so hat zum Beispiel der Stadtteil „Darmstadt-Mitte“ die Kennziffer 100, der dazugehörige Statistische Bezirk „Stadtzentrum“ hat die Kennzahl 110, der Bezirk „Rheintor/ Grafenstraße“ die Kennzahl 120 usw. Diese Einteilung ist Teil der sogenannten kleinräumigen Gliederung des Stadtgebietes.

Stadtteil	Kennziffer	Statistische Bezirke
DA-Mitte	Kennziffer 100	110 Stadtzentrum 120 Rheintor / Grafenstraße 130 Hochschulviertel 140 Kapellplatzviertel 150 St. Ludwig mit Eichbergviertel
DA-Nord	Kennziffer 200	210 Johannesviertel 220 Martinsviertel - West 230 Martinsviertel - Ost 240 Waldkolonie 250 Bahnhofsviertel 260 Industrieviertel 270 Am Ziegelbusch
DA-Ost	Kennziffer 300	310 Am Oberfeld 320 Mathildenhöhe 330 Woogsviertel 340 An den Lichtwiesen
DA-Bessungen	Kennziffer 400	410 Paulusviertel 420 Alt-Bessungen 430 An der Ludwigshöhe
DA-West	Kennziffer 500	510 Am Südbahnhof 520 Heimstättensiedlung 530 Verlegerviertel 540 Am Kavalleriesand
DA-Arheilgen	Kennziffer 600	610 Alt-Arheilgen 620 Arheilgen - Süd 630 Arheilgen - West 640 Arheilgen - Ost
DA-Eberstadt	Kennziffer 700	710 Alt-Eberstadt 720 Am Lämmchesberg 730 Villenkolonie 740 Am Frankenstein 750 Kirchtannensiedlung
DA-Wixhausen	Kennziffer 800	810 Wixhausen - West 820 Wixhausen - Ost
DA-Kranichstein	Kennziffer 900	910 Kranichstein - Süd 920 Kranichstein - Nord

Eine genaue Karte mit Lage und Grenzen der Statistischen Bezirke bzw. den Stadtteilen findet sich auf der nächsten Seite.

Konnten bislang viele Strukturdaten nur für die Gesamtstadt oder einzelne Stadtteile ermittelt werden, bilden die folgenden 36 Seiten für jeden Statistischen Bezirk kleinräumige Strukturdaten ab. Nicht alle Statistischen Bezirke sind in sich homogene Bezirke, so dass mittelfristig die Betrachtung der Strukturdaten noch kleinräumiger erfolgen sollte. Ziel wird es sein, gleichmäßige homogene Sozialräume zu bilden. Da zur Beschaffung von Daten auf der Ebene des Statistischen Bezirks bereits erhebliche Anstrengungen notwendig waren, ist die Schaffung von Sozialräumen und die Datengewinnung für diese ein Ziel für die zukünftige Arbeit.